



DL21

#leftlessons

#leftlessons Staffel 3, Nr.5 – Vorbereitung

Feministische Politik in der SPD – Herausforderungen heute

mit MdEP Maria Noichl

Maria Noichl kommt aus Rosenheim in Oberbayern und ist seit 1991 in der SPD aktiv. Seit 2014 ist sie Mitglied im Europäischen Parlament und dort insbesondere engagiert in Fragen der Frauen- und Gleichstellungspolitik, der Menschenrechte und fairer internationaler Beziehungen sowie der nachhaltigen Landwirtschaft. Sie ist seit 2018 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF; seit 2021 in einer Doppelspitze) und kooptiertes Mitglied des PV der SPD. Seit 2021 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende des Forums DL21.

Zum **Abschluss unserer #LeftLesson-Staffel über „Geschlechtergerechtigkeit“** wollen wir mit ihr diskutieren, welche Herausforderungen für feministische Politik sich in der SPD und für die SPD ergeben. Dafür Bilanzieren wir die Analyse und Forderungen der vorangegangenen Folgen der #LeftLessons in diesem Vorbereitungstext.

Wir wollen mit Maria diskutieren:

- Wie spiegeln sich die nachstehenden Forderungen aus feministischer Wissenschaft und Bewegung in der Politik der SPD bisher wider?
- Mit welchen ideologischen und strukturellen Widerständen müssen wir uns als Parteilinke stärker auseinandersetzen?
- Müssen wir angesichts eines neokonservativen Rollbacks in vielen Ländern und der – durch die Pandemie verschärften – Ungleichheit bescheidener oder radikaler werden?
- Wie können wir gegen die Ausbeutung von Frauen/Care-Arbeiter:innen im Rahmen von globalen Sorgketten wirksam werden? Was wird dazu bereits in der ASF oder auf EU-Ebene diskutiert?
- An welchen gesellschaftlichen Bewegungen und Kämpfen sollten wir als SPD-Linke uns (neu?) bewusst beteiligen?



DL21

#leftlessons

Die vorangegangenen Folgen der #LeftLessons zu „Geschlechtergerechtigkeit“ haben eine wesentliche – auch internationalistisch zu verstehende – Gemeinsamkeit:

Alle Menschen müssen armutsfeste und befriedigende Qualifikations- und Erwerbswege haben – unabhängig von der Herkunft, vom Geschlecht und Familienstand.

Dabei geht es nicht um eine schlichte Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Vielmehr soll das Ziel sein, dass die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit fair geteilt und gerecht entlohnt wird.

Alle Menschen müssen (mehr) Ressourcen für gesellschaftliche Teilhabe und die umfassende Entfaltung ihrer Persönlichkeiten haben. Dafür muss gesellschaftliche Arbeit – egal ob in der Produktion oder Reproduktion – auch gesellschaftlich/demokratisch organisiert werden.

Der Kapitalismus ist längst global die Krise. Das Bewusstsein dafür wächst. Neben der erforderlichen ökologischen Transformation und Demokratisierung muss auch die umfassende Neuaufstellung der gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit (Sorgetätigkeiten) treten. Die Referentinnen der #LeftLessons sind sich einig, dass dafür in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens die Profitdominanz tendenziell überwunden werden muss. Geschlechtergleichheit ist mit der systemischen kapitalistischen Ungleichheit und Konkurrenz nicht vollständig zu erreichen. Es muss also darum gehen, auch gleichstellungspolitisch Reformen zu erkämpfen, die strategisch mehr Gleichheit und Solidarität ermöglichen und die Kampfkraft von erwerbsabhängigen und besonders von Frauen stärken.

Daraus ergibt sich auf ideologischer Ebene eine spezifische Gegnerschaft zum Neoliberalismus: Dessen Leitbild der „Eigenverantwortung“, mit dem die Privatisierung und Kommerzialisierung etlicher sozialstaatlicher Errungenschaften begründet wurde, muss durch ein neues, menschengemäßes Leitbild solidarischer Verantwortlichkeit aller ersetzt werden.

Die Jahrzehnte der marktliberalen Konkurrenzverschärfung haben außerdem weltweit neokonservative Kräfte auf den Plan gestärkt, die reaktionäre Rollenbilder propagieren und die Rechte von Frauen massiv bekämpfen. Das strukturell zu überwindende Problem ist:

Sorgearbeit als „Nicht-Arbeit“

Mit der Industrialisierung hat sich eine Teilung der Arbeit in eher von Männern realisierter „produktiver“ und eher von Frauen realisierter „reproduktiver“ Arbeit durchgesetzt. Beides ist für die



DL21

#leftlessons

Entwicklung der menschlichen Zivilisation unerlässlich. Unter den Bedingungen bürgerlicher (Klassen-)Herrschaft, wird aber nur die produktive Arbeit als Arbeit anerkannt, die entlohnt werden muss – soweit dies gewerkschaftlich erkämpft ist. Sofern die reproduktive Arbeit/Care-Arbeit¹ überhaupt gesellschaftlich „gesehen“, organisiert und entlohnt wird oder wurden, ist/war dies Ergebnis von Kämpfen der Arbeiter- und Frauenbewegung.

Die Nichtregierungsorganisation weiß darauf hin, dass Frauen und Männer viel unbezahlte Arbeit leisten. Allerdings ist der Anteil der unbezahlten Arbeit von Frauen wesentlich höher:

„Männer arbeiten im weltweiten Durchschnitt 6 Stunden und 44 Minuten pro Tag und werden für 5 Stunden und 21 Minuten bezahlt – also für mehr als 80 Prozent ihrer Arbeitszeit. Frauen arbeiten hingegen durchschnittlich 7 Stunden und 28 Minuten am Tag, erhalten aber nur für 3 Stunden und 3 Minuten Lohn – also für rund 41 Prozent ihrer Arbeitszeit.“²

Resultate dieser typisch kapitalistischen Arbeitsteilung sind:

1.) Gender Pay Gap

Frauen erhalten in Deutschland 21 % niedrigere Bruttostundenlöhne als Männer.

Wesentlich ursächlich dafür sind die im Care-Bereich im Verhältnis zur industriellen Produktion oder IT-Branche niedrigen Löhne.

¹ Care-Arbeit beschreibt unbezahlte und bezahlte (re-)produktiven Tätigkeiten des Sorgens und Sich-Kümmerns, ist Fürsorge und Selbstsorge. Sie beginnt mit der Begleitung und Versorgung Neugeborener und Gebärender, reicht über die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Vor- und Grundschulalter, die familiäre und professionelle Pflege und Unterstützung bei Krankheit oder Behinderung, über die Hilfe zur Selbsthilfe, unter Freund*innen, Nachbar*innen, im Bekanntenkreis, bis zur Altenpflege, Sterbebegleitung und Grabpflege. „Care“ meint nicht nur die körpernahe Care-Arbeit, sondern schließt auch Kochen, Putzen, Reparaturen und alle Arbeiten im Haushalt mit ein. In vielen Ländern des Globalen Südens beginnt sie bereits mit dem Besorgen von sauberem Trinkwasser oder Brennholz.

² Quelle: <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/care-arbeit>



DL21

#leftlessons

Zweitens sind Frauen aufgrund der ihnen überwiegen zugewiesenen Sorgetätigkeit in Familien auf Teilzeit-Arbeit angewiesen und arbeiten oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen (Mini-Jobs).

Hingegen leisten Frauen in Deutschland rund 52% mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer.

2.) Gender Pension Gap

Aus der Einkommensungleichheit resultiert auch eine Rentenungleichheit, die zur massenhaften Verarmung von Frauen in höherem Alter zu führt.

Dadurch, dass Frauen häufig während der Phasen der Kindererziehung höchstens geringfügig erwerbstätig ist das Verdiensteinkommen von Frauen auf die Lebenszeit gerechnet in Deutschland etwa 49 Prozent niedriger als bei Männern.

Die Renten und Pensionen liegen infolgedessen rund 53 % niedriger als bei Männern.³

3.) Global Care Chains – Globale Sorgketten

Dem enormen Volumen der unbezahlten Sorgearbeit von Frauen zum Trotz fehlen etliche Sorgearbeitende in der deutschen Volkswirtschaft. Diese Lücke wird durch globale Sorgketten mit einer Vertiefung globaler Ungleichheiten überbrückt und „abgefedert“: Migrantische Arbeiter:innen ersetzen oft auf Haushaltsebene die Pflegenden Sorgearbeit – besonders bei (Doppel-)Erwerbstätigen Mittelschichtpaaren. Dadurch entsteht eine neue internationale Care-Arbeitsteilung entlang der Achsen von Geschlecht, Klasse, Hautfarbe, Ethnizität, Nord/Süd und Ost/West. Gerade in Deutschland wird ein großer Teil der häuslichen Pflegearbeit von „billigen“ Arbeitskräften aus Osteuropa unter wenig, bis gar nicht regulierten Arbeitsverhältnissen übernommen. (Vgl. #LeftLesson III.4. mit Christa Wichterich).

Welche politischen Maßnahmen können dieser Ungleichheit entgegenwirken?

Existenzsichernde Arbeit für alle, auch Frauen! Nur diese kann der wachsenden Altersarmut (von Frauen) entgegenwirken.

³ Alle Daten bis hierhin nach Oxfam: <https://www.oxfam.de/unsere-arbeit/themen/care-arbeit>



DL21

#leftlessons

Es geht um **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich**, gesellschaftlich organisierte und gerecht verteilte Care-Arbeit für allseitige Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten, gesellschaftliches Engagement...

Eine **Angleichung von Löhnen** für Männer und Frauen muss nicht nur je Branche erfolgen. Es muss auch durch Tarifverträge und staatliche Eingriffe dafür gesorgt werden, dass **Löhne und Gehälter in sog. „Frauenberufen“ auf das Niveau hochbezahlter Facharbeit im industriellen Bereich** angehoben werden. Einen Anhaltspunkt bietet dafür der **Comparable Worth Index** anhand dessen auf wissenschaftlicher Grundlage versucht wird, eine gerechte Bemessung des Werts von Arbeit geschlechterneutral zu ermitteln.⁴

Außerdem müssen die **Minijobs** in Bereichen gesellschaftlich notwendiger Arbeit umfassend **durch sozialversicherungspflichtige Erwerbsverhältnisse** ersetzt werden. Auch der Mindestlohn muss – anders als bisher – eine armutssichere Rente ermöglichen.

Die bisherige **Grundrente reicht zur Vorbeugung gegen Altersarmut nicht**. Ihr Bezug schließt viele, gerade Frauen, aus, da sie die Voraussetzungen nicht erfüllen (33 Jahre sozialversicherungspflichtig gearbeitet mit einem Verdienst zwischen 30-80 Prozent des Durchschnittsgehalts).

Eine Alternative könnte eine **Garantierente** sein, wie sie alle Bürger:innen in den Niederlanden beziehen. Sie hat derzeit die Höhe von 1.250 Euro für alle; alle Erwerbstätigen zahlen in diesen Rententopf ein.

Menschen in Deutschland könnten sowohl in Ausbildungszeiten als auch in Zeiten der Erwerbslosigkeit und Erziehung Menschen „in Arbeit“ gleichgestellt werden. Auch dies würde die Rentenlücke schließen.

Um den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Arbeit und deren Verschärfung durch die Pandemie („Retraditionalisierung“) entgegenzuwirken, bedarf es auch einer **staatlichen Investitionslenkung und -evaluation** (Genderbudgeting – also die Anwendung von Gendermonitoring auf den Haushaltsprozess, um die Aufwertung von „Care“ staatlich anzuregen). Länder wie Schweden sind dort wesentlich weiter fortgeschritten und auch deshalb ohne erhebliche Retraditionalisierungseffekte durch die Pandemiekrise gekommen.

⁴ https://www.wsi.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-006915



DL21

#leftlessons

Es muss den Laufbahn-Unterbrechungen bei Frauen entgegengewirkt werden, denn denn sind für das Gender-Care-Gap meist ursächlich. In bestimmten Lebensphasen haben Frauen eine 40-Stunden-Woche unbezahlter Arbeit. Daher muss – entgegen dem riesigen, hausgemachten Fachkräftemangel in Bildung und Erziehung – zügig die **Kita-Betreuung ausreichend, flächendeckend, hochqualifiziert und kostenlos** ausgebaut werden.

Alle Referent:innen der #LeftLessons sind sich hingegen einig, dass „Herdprämien“, Ehegattensplitting und die Abhängigkeiten von Ehepartnern bei der Versicherung nicht mehr in dieses Jahrhundert gehören und zugunsten einer Selbständigkeit aller Frauen abgeschafft werden müssen.

Als besondere Herausforderung wird die Bekämpfung der großen **Lücke im Pflege- und Krankenhausbereich** gesehen. Dabei ist zu gewärtigen, dass diese nicht an einem grundsätzlichen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften liegt, sondern an der „Flucht aus dem Beruf“, der die Folge unzumutbarer Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung ist. Gerade die ethisch anspruchsvolle Arbeit mit Menschen wollen die Beschäftigten nicht unter Bedingungen leisten, die der Menschenwürde zunehmend Hohn sprechen.

Laut der kürzlich veröffentlichten Studie „Ich pflege wieder wenn...“ arbeiten mehr als 860.000 examinierte Pflegepersonen nicht mehr in ihrem erlernten Beruf. Ein bedeutender Teil von ihnen wäre bereit zurückzukehren, falls sich die Arbeitsbedingungen verbessern. Dadurch und durch die Aufstockung von Teilzeitverträgen könnten laut Studie mindestens 300.000 Vollzeitstellen in der Kranken- und Altenpflege zusätzlich besetzt werden.⁵

Eine immer wiederkehrende Forderung ist daher – sowohl bei unseren Referent:innen als auch in den derzeitigen gewerkschaftlichen Kämpfen im Krankenhaussektor – die Krankenhausfinanzierung, anders als im Koalitionsvertrag der „Ampel“ vorgesehen, **von dem Fallpauschalen-System zu befreien**, weil es Kostendruck erzeugt, der sich nicht nur negativ auf das pflegerische Personal auswirkt, sondern auf die gesamte Bandbreite der für eine förderliche Gesundheitsversorgung erforderlichen Beschäftigten.⁶ Eine weitere, damit zusammenhängende Forderung, ist endlich

⁵ https://www.boeckler.de/pdf/pm_fofoe_2022_05_03_final.pdf

⁶ Grit Genster, Leiterin des Gesundheitsbereichs beim BuVo von ver.di: „Denn Fallpauschalen stellen nicht fest, welcher Aufwand zur Erbringung der jeweiligen Leistung nötig ist und wie dieser vergütet werden muss. Stattdessen werden die durchschnittlichen Ist-Kosten der Krankenhäuser abgebildet – unabhängig davon, ob



DL21

#leftlessons

gesetzlich eine **vernünftige Personaldecke** in Krankenhaus und Pflege durchzusetzen und gegebenenfalls auch staatlich zu finanzieren. Dafür wird derzeit in NRW sehr kämpferisch an den Uni-Kliniken gestreikt, nachdem ähnliche Arbeitskämpfe an der Berliner Charité bereits erfolgt sind.⁷

Daraus ergibt sich zwingend: **Tarifungleichheit bei kirchlichen Trägern muss beseitigt werden.**

Menschenzugewandte Arbeit ist die Arbeit, die wir jetzt und künftig am meisten brauchen. Es ist daher eine enorme Fehlentwicklung, dass – noch während der Corona-Pandemie – die Marktmacht privater Träger von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zugenommen hat. Diese Fehlentwicklung muss zurückgedreht werden. **Gesundheitsversorgung und Pflege gehören überwiegend in öffentliche und demokratisch regulierende Hand und soll gemeinnützig anstatt profitkonform sein. Dafür sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Krankheit und Alter dürfen kein Geschäft mehr sein!**

Jede sozialstaatliche Erweiterung – von der Senkung des Eintritts in Schwimmbäder bis hin zur Mietpreisregulierung – ist außerdem eine notwendige Maßnahme gegen Armut und Einsamkeit im Alter, die besonders Frauen treffen. Es ist deshalb unsere gemeinsame Aufgabe, die offensive Erweiterung demokratischer Sozialstaatlichkeit zu erkämpfen.

Dies gilt auch auf internationaler Ebene. Das weitgehende Fehlen eines Gesundheitssystems und von Care-Kräften in großen Teilen der Welt ist eine gemeinsame Herausforderung.

sie mit einer bedarfsgerechten Personalbesetzung arbeiten oder nicht. Die einzelne Leistung wird mit einem »Preisschild« versehen. Wer mit dem Fall Gewinne machen will, muss mit den realen Kosten unter der Pauschale bleiben. Auch nicht-profitorientierte Träger dürfen mit ihren Kosten nicht dauerhaft darüber liegen, sonst machen sie Verluste und gefährden letztlich ihre Existenz. Pflege-DRGs würden den Kostendruck daher nicht verringern, sondern speziell auf die Pflege lenken. Zudem schaffen Pauschalen den Anreiz, möglichst viele Leistungen einzeln abzurechnen. Das hätte nicht nur einen größeren Dokumentationsaufwand zur Folge, sondern voraussichtlich auch eine noch stärkere Zergliederung der Pflege. Die betriebswirtschaftlich begründete Aneinanderreihung einzelner, voneinander getrennter Tätigkeiten ist das Gegenteil einer professionellen und ganzheitlichen Pflege. Sie würde die Pflegeberufe unattraktiver machen und die Versorgungsqualität verschlechtern. Erreicht würde somit das glatte Gegenteil der genannten Ziele.“
<https://gesundheit-soziales.verdi.de/+co++4e16b842-c85e-11eb-ae88-001a4a160119?kws=Jugend>

⁷ Einen Einblick in die Arbeitskämpfe der Beschäftigten an den Uni-Kliniken in NRW, die sich seit Wochen im Streik befinden, kann man hier gewinnen: <https://notruf-entlastungnrw.de/>